

Soziale Sicherung ist dringender denn je

COVID-19 macht die Notwendigkeit sichtbarer, Einkommensarmut zu bekämpfen

Gabriele Köhler

Weltweit kämpfen 800 bis 900 Millionen Menschen mit Hunger, geschätzt eine Milliarde Kinder leben in multidimensionaler Armut. Auch in Deutschland – dem Land mit dem vierthöchsten Bruttoinlandsprodukt der Welt – müssen viele Menschen in ihrem Alltag mit Einkommensarmut und mangelhafter sozialer Teilhabe kämpfen. Die Gründe sind vielschichtig: unterbezahlte, ungesicherte Arbeit; unbezahlte Sorgearbeit der Familien, meist von Frauen und Mädchen geleistet; die Lohnlücke zwischen Frauen- und Männerberufen; systematische Ausgrenzung von Minderheiten; und die enorme Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen.

Um die zerstörerische menschenrechtsverachtende globale Armut zu überwinden, muss sich das System transformieren – hin zu menschen- und arbeitsrechtkonformer Arbeit, fairen Lieferketten, Gemeinwohlwirtschaft, konsequentem Schutz von Umwelt, Biodiversität und Klima, und guter Regierungsführung. Aber unmittelbar, und erstmal systemimmanent, müssen wir auf umfassende, universelle soziale Sicherungsmaßnahmen setzen. Dies sind Einkommensübertragungen aus der öffentlichen Hand an private Haushalte, die übrigens transformativ sein können, wenn sie aus einem gerechten Steuersystem finanziert werden. Soziale Sicherheit ist ein Recht.

Eine wichtige Form der Sozialhilfe ist umgangssprachlich als Hartz IV bekannt. Die Regelsätze für eine alleinstehende Person betragen 449 € pro Monat für Lebensmittel, Kleidung, Strom, Kommunikation/Mobilität; für Kinder je nach Lebensalter zwischen 285 € und 376 €. ¹ Mit anderen Worten: Existenzminimum. Alleinerziehende, größere Familien und Senior*innen sind besonders betroffen; jedes 5. Kind in Deutschland erlebt Einkommensarmut. Durch die COVID-19-Pandemie hat sich die Armut vertieft: 1,65 Mio. Menschen müssen nun Lebensmittel von Tafeln beziehen. Die Hartz IV-Beträge sind im Januar 2022 um klägliche 3 € monatlich erhöht worden, trotz der derzeitigen Inflation bei Lebensmittelpreisen, Mieten und

Energiekosten; ein Heizkostenzuschlag wird nun hinzukommen. Dennoch tragen die Sozialhilfe und andere Transfers dazu bei, dass in Deutschland die extremsten Formen von Armut für die meisten betroffenen Haushalte vermieden werden.

International betrachtet ist die Situation noch viel schlimmer. 4 Mrd. Menschen im Globalen Süden haben keinerlei soziale Absicherung,



darunter 1,3 Mrd. Kinder. Die Einführung einer Form von Sozialsicherung – sei es Krankenversicherung, sei es Familiengeld – ging in den vergangenen Jahren nur schleppend voran.

Die COVID-19-Pandemie hat der Politik der Sozialtransfers nun einen erklecklichen Push gegeben: zwischen 2020 und Ende 2021 wurden in insgesamt 209 Ländern über 1.700 COVID-bezogene Sozialhilfeprogramme aufgelegt oder bestehende aufgestockt, ungefähr so viele wie im ganzen Jahrzehnt davor. Rund 50% der Maßnahmen waren Neueinführungen, und die Mehrzahl der Maßnahmen wurde aus öffentlichen Mitteln bestritten. Rund 500 Maßnahmen sind Einkommenszuschüsse an Arbeiter*innen oder an Menschen unter der Armutsgrenze.²

Diese signifikante Zunahme an Sozialtransfers stimmt optimistisch: Regierungen und internationale Geber haben das Ausmaß der unmittelbaren Not erkannt und sogar gehandelt. Insbesondere wurde zum ersten Mal reagiert auf die prekäre Situation der Millionen von Menschen im sogenannten informellen Sektor. 2 Mrd. Menschen arbeiten ohne Arbeitsvertrag, ohne Kranken- oder Unfallversicherung, ohne Elternzeit- oder Rentenansprüche.³ Historisch hatte das Schwergewicht der Sozialhilfe eher bei Pensionen gelegen.

Jedoch: In Nord wie Süd sind in den meisten Fällen die Beträge verschwindend gering, und oft nicht leicht anzufordern; außerdem haben die Maßnahmen meist nur befristete Laufzeiten von 6 oder 12 Monaten, um die Pandemiefurchen zu überbrücken.

Was muss nun geschehen? Wenn auch unzulänglich, sollten wir diese neue Welle der Sozialhilfe beim Schopf packen. Es gäbe (mindestens) vier dringende Forderungen:

- » Für Deutschland: Hartz IV muss schnellstmöglich radikal umgestellt werden. Die Leistungen müssen erheblich aufgestockt, dürfen nicht an der drohenden Wiedereinführung der schwarzen Null zerschellen oder von der Wiederaufrüstung verdrängt werden, und sollten von Sozialarbeit unterfüttert statt mit Sanktionen belegt werden.

- » In den Ländern des Globalen Südens sollten soziale Sicherungssysteme quantitativ und qualitativ ausgebaut werden, mit Vorfahrt für Unterstützungsleistungen für den informellen Sektor und Familiengeld, und natürlich, wo angebracht, mit internationaler Unterstützung.
- » Um den derzeitigen Schwung in der Sozialhilfepolitik aufrechtzuerhalten, braucht es in jedem Land einen Ausbau der öffentlichen Finanzen und der nötigen Finanzierungsoptionen. Hierfür gibt es viele Optionen, angefangen vom Umschichten von Posten im Staatshaushalt weg von Militärbudgets, Anreizgeldern für Privatinvestitionen und klimaschädlichen Subventionen hin zu Sozialausgaben. Genauso wichtig ist aber die Schaffung eines internationalen Umfelds, das Steuerhinterziehung bzw. -vermeidung von Unternehmen und reichen Personen verhindert.
- » Zugleich brauchen wir endliche eine Lösung für die sich in unschöner Regelmäßigkeit abzeichnenden Schuldenkrisen. Bedenklicher Weise berufen sich manche Politiker jetzt wieder auf Austeritätsideologien, in Deutschland die Schuldenbremse und international die Dogmen des IWF aus den 1990er-Jahren.
- » Und last but not least ist globale Solidarität gefordert. Es braucht dringend einen Globalen Fonds für Soziale Sicherheit, finanziert von den einkommensstarken Ländern. Er würde einkommensarme und verschuldete Länder dabei unterstützen, universelle und rechtsbasierte Sozialschutzsysteme aufzubauen und zu stärken.⁴

1 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regelsaetze-steigen-1960152>

2 https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_627189/lang--en/index.htm

3 <https://www.social-protection.org/gimi/ShowWiki.action?id=3426>

4 Wiebe, Nicola (2021): Ein Globaler Fonds für Soziale Sicherheit. Berlin: Brot für die Welt. <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2020-ein-globaler-fonds-fuer-soziale-sicherheit/>



Gabriele Köhler ist Entwicklungsökonomin und assoziierte Wissenschaftlerin beim UN Forschungsinstitut für soziale Entwicklung (UNRISD) sowie Mit-Vorständin von Women Engage for a Common Future (WECF).

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>